



GenderCC–Women for Climate Justice e.V.  
Anklamer Str. 38, D-10115 Berlin  
[www.gendercc.net](http://www.gendercc.net)  
[secretariat@gendercc.net](mailto:secretariat@gendercc.net)

## **GenderCC Eckpunktepapier**

### **Mit Gender zu einer ambitionierteren Klimapolitik**

#### **1. Gender im Klimaschutzgesetz und Maßnahmenprogrammen verankern**

Das Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für die zukünftige Klimapolitik setzt und verbindlich sicherstellen soll, dass die Klimaziele eingehalten werden, sollte einen Artikel mit Grundsätzen zur Gestaltung der Klimaschutzpläne, Programme und Maßnahmen enthalten. Zu den Grundsätzen gehören die Berücksichtigung und Förderung der sozialen und Geschlechtergerechtigkeit sowie die Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen. Alle Maßnahmenprogramme sollten bereits die weiter unten aufgestellten Empfehlungen umsetzen.

#### **2. Genderkompetenz und -expertise institutionell in der Klimapolitik stärken**

Der Aufbau von Genderkompetenz in Institutionen wie dem BMU und UBA sowie in zivilgesellschaftlichen Verbänden und Organisationen ist eine wichtige Voraussetzung für eine gender-responsive Klimapolitik. Es empfiehlt sich, bei Neueinstellungen Genderkompetenz als zusätzliches Auswahlkriterium einzuführen und durch Fort- und Weiterbildung zu stärken. Bei der Planung und Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen oder bei der Erarbeitung von Forderungen an die Politik sollte stets fachliche Genderexpertise (In-House oder extern) hinzugezogen werden.

#### **3. Klimapolitik als Gesellschaftspolitik gestalten**

Die Berücksichtigung der verschiedenen Genderdimensionen stärkt die klimapolitische Wirksamkeit von Maßnahmen und Programmen. Bei ihrer Entwicklung ist es unverzichtbar, die Wirkungen vor allem auf die Versorgungsökonomie, auf ökonomische Verteilungseffekte und auf die Alltagstauglichkeit von Infrastrukturen zu berücksichtigen.

#### **4. Klimapolitische Vorhaben auf Geschlechtergerechtigkeit überprüfen**

Eine verbindliche und regelmäßige Anwendung einer genderbezogenen Folgenabschätzung von Politiken und Maßnahmen (Gender Impact Assessment - GIA) leistet einen wichtigen Beitrag, um Gender konsequent bei der Entwicklung klimapolitischer Vorhaben oder bei der Formulierung von Forderungen an die Politik zu berücksichtigen. Dafür sollten angemessene Ressourcen bereitstehen. Eine Rechenschaftspflicht unterstützt die institutionelle Einbettung des Instruments. Das GIA sollte zunächst beispielhaft in verschiedenen Anwendungsbereichen umgesetzt werden, um anschauliche Best-Practice-Beispiele verfügbar zu machen.

## **5. Relevante Datengrundlage schaffen**

Um die gleichen Chancen für alle Geschlechter zu schaffen, sich Klimaschutzend zu verhalten, sind relevante quantitative und qualitative Daten zu erheben. Zudem besteht ein hoher Bedarf an einer besseren Wissensbasis über die Verschränkung von Benachteiligungen, die sich gegenseitig beeinflussen und verstärkend (Intersektionalität), z. B. durch Armut, körperliche Einschränkungen, sexuelle Orientierung oder Migrationshintergrund in Verbindung mit Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts, um auf dieser Grundlage wirksame klimapolitische Handlungsansätze zu entwickeln, die diese Benachteiligungen nicht weiter verstärken bzw. helfen sie zu verringern.

## **6. Geschlechtergerechtigkeit bei der Ausschreibung und Förderung der Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen berücksichtigen**

In Programmen wie NKI und DAS sollten Vorgaben und Bewertungskriterien verankert werden, die zur expliziten Berücksichtigung von Genderaspekten auffordern. Arbeitshilfen sollten überarbeitet werden, um auch bei technisch ausgerichteten Vorhaben für soziale und Geschlechteraspekte zu sensibilisieren und ihren Einbezug zu unterstützen. So sollte auch die Durchführung von Gender Impact Assessments von kommunalen Leuchtturmprojekten oder typischen Maßnahmen in Modellstädten gefördert bzw. gezielt ausgeschrieben werden, um die Ergebnisse in Form von Fallbeispielen und Empfehlungen zu verbreiten. Die Mitarbeitenden der Projektträger und Programmbüros sind entsprechend zu schulen.

## **7. Ausrichtung der Klimaschutzpolitik auf gesellschaftliche und soziale Transformation**

Klimapolitik beinhaltet Herausforderungen, die nicht allein durch Technologie oder auch durch die Berücksichtigung partizipativer Beteiligung – die prinzipiell zu begrüßen ist und immer geschlechtergerecht erfolgen sollte - gelöst werden können. Klimapolitik beeinflusst das gesellschaftliche Leben und Wirtschaften in einer möglichst intakten Umwelt steuernd und sollte daher ausdrücklich Bezug auf Daseinsvorsorge, Gemeinwohl, Gender Mainstreaming und öffentliche Belange nehmen. Ein machtkritischer Ansatz mit dem Ziel gerechterer Geschlechterverhältnisse stärkt den transformativsten Charakter und auch die soziale und Generationengerechtigkeit.

Berlin, Juni 2021

---

Die vorgeschlagenen Eckpunkte basieren im Wesentlichen auf den Handlungsempfehlungen der Studie: Spitzner, Meike, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; Hummel, Diana; Stieß, Immanuel, ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung; Alber, Gotelind; Röhr, Ulrike, GenderCC–Women for Climate Justice: [„Interdependente Aspekte der Klimapolitik-Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen“](#). UBA, Dessau-Roßlau, 2020